

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

101 (2.3.1921) Mittagausgabe

Begugs-Briefe: In Karlsruhe: Am Verlage und in den Zweigstellen abgeholet monatlich M. 5,30 frei ins Haus geliefert M. 6.—

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Giecentum und Verlaag von Ferd. Zollerarten.

Sachverständigenrat: Ganns Walter Schneider

Verantwortlich: Politisch und Wirtschaftlich: Dr. W. Schneider

Geschäftsstelle: Ritel- und Sammlungs-Edt. nächst Kallertstraße und Marktplan

Die deutschen Gegenanschläge in London.

50 Milliarden Goldmark - Anrechnung der bisherigen Leistungen - 1 Milliarde Annuitäten - Internationale Anleihe.

Der Wortlaut der Vorschläge.

WTB. London, 1. März. Der deutsche Gegenanschlag hat folgenden Wortlaut:

Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind, wie sie in den überreichten Denkschriften ausgeführt werden, wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar.

a) Der Zeitwert der von alliierten Seite geforderten 42 Annuitäten betrage bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit 8 Prozent

etwa 50 Milliarden Goldmark.

Eine solche Neuherung ist auch wiederholt in der alliierten Presse getan worden. Außer diesem Teil in der nächsten Zukunft sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands aufgrund des Friedensvertrages, soweit sie auf das Reparationskonto gutgeschrieben sind, in Rechnung zu stellen.

internationaler Anleihen

geschaffen werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den Gesamtvertrag oder auch nur einen größeren Teil in der nächsten Zukunft durch eine größere internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung angestrebt sein.

Annuität von je einer Milliarde

Goldmark. Diese Annuität wird in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen den deutschen Lieferanten und den alliierten Bestellern eingeführt werden.

Arbeiten beim Wiederaufbau

der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationspflicht, der nicht sogleich durch eine internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt sei, wird mit 5 Prozent verzinst. Zu diesen Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die eben erwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung.

12prozentige Abgabe der deutschen Ausfuhr

eine Befreiung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Befreiung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß der vorstehende Vorschlag sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründet, sondern eine künftige Einschätzung in der Zukunft in Rechnung stellt.

deutschen Privatvermögens

zu bilden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands für die Restitution aus Artikel 238.

d) Es behält Einverständnis darüber, daß die Voraussetzungen des Artikels 431 des Vertrages von Versailles als eingetragen gilt, so daß der gesamte zu a) festgesetzte Betrag bezahlt ist. Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge ist:

- 1. daß die Abkündigung in Oberschlesien zu Gunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland beizugehen wird.
- 2. daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Eine Denkschrift über den deutschen Haushalt.

WTB. Berlin, 1. März. Unter den Denkschriften, welche die deutsche Regierung in London überreichte, befindet sich auch eine im Reichswirtschaftsministerium bearbeitete kurze Denkschrift, welche sich mit der Denkschrift der alliierten Sachverständigen über den Haushalt des deutschen Reiches beschäftigt.

Erläuterungen

von 31 Milliarden Mark bemacht werden könnten. Erläuterungen, die fast ausschließlich im außerordentl. Budget liegen, betont die deutsche Denkschrift, daß die Kernfrage die sei: Wie ist es für Deutschland möglich, den eigenen inneren Bedarf und daneben noch die Ausgaben für die Reparationen durch laufende Mittel aufzubringen?

Die deutsche Regierung geht dann auf die einzelnen Punkte, welche die alliierten Sachverständigen kritisch vorgebracht haben, ein und widerlegt ruhig und sachlich. Vor allem betont sie, daß, um ein gerechtes Bild zu bekommen, man nicht bloß bei den Einnahmen eine Umrechnung in Gold vornehmen dürfe, sondern daß auch die Ausgaben in Gold umgerechnet werden müßten.

deutschen Einnahmen

ein. Es werden die Erwartungen der alliierten Sachverständigen, daß aus den bestehenden direkten Steuern sehr große Mehrbeträge gegenüber dem Vorschlag gewonnen werden könnten, im einzelnen nachgeprüft. Es wird vor allem die Frage der indirekten Besteuerung und inneren Auswahlfähigkeit kritisch gemüßigt.

Steuermöglichkeiten

geprüft. Aus dem Alkohol erwarbt man bereits für 1922 durch Konsumvermehrung und Steuererhöhung einen Mehrbetrag von 2 1/2 Milliarden Papiermark. Trotz starker Steuererhöhungen werde auf die Steuer kein besonders großer Ueberfluß über den eigenen inneren Bedarf zu erzielen sein.

Die Eröffnungssitzung.

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters Albert Stolze.) London, 1. März. London hat heute vormittag 2 Senationen. Während eine Zuschauermenge den St. James-Palast umlagerte und der Aufsicht der Galawagen, dem Prin und Herr der buntbetrehten Hofdamen und den Soldaten in Galauniform, anlässlich des Empfanges zusah, versammelte sich vor dem Lancasterhouse, dem alten Museum, ebenfalls eine zahlreiche Zuschauermenge.

von Chamberlain empfangen. Dann schlossen sich die Türen zum St. James-Palast. Nur einige Entente-Korrespondenten, die auf die sofortige Ueberreichung der deutschen Gegenanschläge und eine Unterbrechung der Sitzung warteten, harrten aus.

Die heutige Sitzung fand in dem großen Empfangssaal des früheren Ausstellungsgebäudes des Landeshofes statt. Der Saal ist wunderschön in dunkelrotem Farbenton getäpelt. Zwei riesige Tische stehen in der Mitte. In einem von diesen tischförmigen Tischen steht ein längerer einfacher Tisch für die deutsche Delegation.

Lloyd George empfängt die deutschen Delegierten recht freundlich. Er gab den einzelnen Herrn die Hand und erkundigte sich wie ihnen die Reise bekommen sei. In seiner Einleitungsrede führte Lloyd George unter anderem aus: Wir sind zusammengetreten, um die Schwierigkeiten, die sich zur Erfüllung des Vertrages von Versailles herausgestellt haben, zu beseitigen.

Die Pariser Beschlüsse seien wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Die deutsche Delegation erlaube sich eine Denkschrift der 33 deutschen Sachverständigen und eine zweite Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Finanzlage Deutschlands, über die Einnahmen Deutschlands und über die Stellungnahme zu den Gutachten, die in der Pariser Konferenz abgegeben worden sind.

Die Pariser Beschlüsse seien wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Die deutsche Delegation erlaube sich eine Denkschrift der 33 deutschen Sachverständigen und eine zweite Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Finanzlage Deutschlands, über die Einnahmen Deutschlands und über die Stellungnahme zu den Gutachten, die in der Pariser Konferenz abgegeben worden sind.

Am Schluß der Ausführungen von Simons ergriff Lloyd George das Wort und führte unter anderem aus, daß die Deutschen die tatsächliche Situation wohl noch nicht erfasst hätten, und daß die Vorschläge keine Basis für weitere Beratungen gäbe.

Der amtliche deutsche Bericht. WTB. London, 1. März. Heute vormittag 1/12 Uhr fand im Lancaster House die erste Solsitzung der Konferenz statt, an der außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen.

Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu be-

sprechen. Reichsminister Dr. Simons legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Überblick über die deutschen Gegenvorschläge.

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Lage beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten, und morgen ihre Antwort geben.

Darauf wurde gegen 1 Uhr die Sitzung geschlossen.

Der alliierte Bericht.

London, 1. März. (Amtlich.) Reuters. Die Alliiertenkonferenz von heute nachmittag hat beschlossen, die juristischen und militärischen Ratgeber um Rat zu befragen, mit dem Ziel, die deutsche Delegation von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die die Alliierten zu treffen sich vorgenommen haben. Die Sachverständigen treten morgen früh 10 Uhr zusammen. Die alliierten Delegationen versammeln sich mittags, um den Bericht der Sachverständigen entgegenzunehmen, und sich über eine entscheidende Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge schlüssig zu werden.

Die Lage spitzt sich zu.

London, 1. März, 11 Uhr abends. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Heute wurde beschlossen, die juristischen und militärischen Berater morgen, Mittwoch früh, zu konsultieren, damit der deutschen Delegation am Donnerstag die Maßnahmen bekannt gegeben werden können, die die Alliierten zu ergreifen entschlossen sind. In den Kreisen der deutschen Delegation steht man auf dem Standpunkt, daß die Alliierten es sich natürlich überlegen, was sie annehmen. Außerdem ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, worin die zu ergreifenden Maßnahmen bestehen. Wir können nichts anderes tun, als abwarten und sehen was die Alliierten morgen beschließen. Wir haben alles getan und sind bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen. Wir warten und sind auch heute noch bereit, unser Möglichstes zu tun. Die Lage hat sich seit heute mittag zweifellos zugespitzt. Ob man aber daraus ohne weiteres einen Abbruch der Verhandlungen, eine neue Liste von Sanktionen und schließlich den Einmarsch herleiten kann, muß der Beurteilung des Einzelnen überlassen bleiben.

Die in London vertretene amerikanische Presse weiß mit dem amtlichen Communiqué nichts anzufangen. Jedenfalls sieht man auch in diesen Kreisen die Lage als sehr ernst an. Man fragt sich, ob die Konferenz nicht beabsichtigt, noch vor dem Antritt Hardings in irgend einer Richtung eine gewisse Klärung zu schaffen um durch eine ebensolche Drehung wieder einmal, wie früher neue weitergehende Zugeständnisse von den Deutschen zu erpressen. Wie ich erfahre, wird die Beratung der Ententejahresverständigen heute, Mittwoch vormittag 10 Uhr, beginnen, jedoch die deutschen Delegierten zu heute Mittwoch mittag irgend eine Benachrichtigung oder eine Einladung zu einer Sitzung zu erwarten haben. Allerdings ist die deutsche Delegation hier in der Konferenz vor Überraschungen nicht sicher.

Wie ich jedoch von informierter Seite der englische Presse höre, wird heute Mittwoch früh die gesamte Presse ihre Enttäuschung und ihr Mißfallen gegenüber Deutschland zum Ausdruck bringen. Mehr oder minder stark wird man die deutschen Gegenvorschläge als geradezu impertinent bezeichnen und darauf hinweisen, daß man in England bisher die Empfindung gehabt habe, die französischen Forderungen seien zu phantastisch. England sei es vor allem an dem Wiederaufleben der Handelsbeziehungen gelegen. Aber gerade durch die ungläublichen Gegenvorschläge habe sich Deutschland die beabsichtigte, wohlwollende Vermittlung Lloyd Georges und Graf Sforzas verweigert. Die deutschfeindliche Presse vor allem wird heute, Mittwoch früh, verlangen, daß die Sanktionen in Kraft treten und daß das Mandat zur Ausführung der Maßnahmen erteilt werden soll. Andererseits steht mit Wahrscheinlichkeit fest, daß England sich in keine militärischen Aktionen einlassen wird. Jedenfalls sei Deutschland in der Bescheidung der Pariser Beschlüsse entschieden zu weit gegangen. Das sei ein großer politischer Fehler.

Der Operationsplan.

London, 2. März. Die Sanktionen der Franzosen, die im Falle einer Weigerung Deutschlands die Entwaffnungsbestimmungen auszuführen zur Anwendung gebracht werden sollen, werden fast von der ganzen englischen Presse besprochen. Der „Daily Express“ gibt folgenden Operationsplan wieder, den er aus guter französischer Quelle zu erhalten vorgibt: Danach würden die Belgier die Gegend von Dortmund besetzen, während die Franzosen sich der Stadt Frankfurt beabsichtigen sollen, um dann später in Süddeutschland einzudringen, unter Umständen sogar bis München. Auf diesem Wege will man dann die Einwohnerwehren mit Gewalt der Waffen bezwingen. Der Hafen von Hamburg soll von einer alliierten Flotte blockiert werden; wenn England sich dazu nicht hergeben wird, werden die Franzosen auch diese Sanktion selbst übernehmen.

Die Berliner Presse.

Berlin, 2. März. Die Blätter sind sich darin einig, daß die deutschen Gegenvorschläge bis an die äußerste Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands gehen.

Der „Berl. Lokalanz.“ fragt sogar, ob sie überhaupt erfüllbar seien. Wenn verneint wird, daß diesen Vorschlägen schon die zu erwartende Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands zu Grunde gelegt sei, so scheint dieses Vertrauen in die Arbeitstüchtigkeit des deutschen Volkes doch erheblich übertrieben zu sein, wenn man ihr von vorne herein die Voraussetzung entzieht, unter denen allein sie sich entfalten kann. Dies wird allenfalls nur verstanden werden, wenn man bedenkt, daß die deutsche Regierung einen äußersten Versuch wagen wollte, mit der Gegenseite zu einer Verständigung zu gelangen. Das Blatt ruft Simon zu, er solle unter allen Umständen fest bleiben. Wenn wir nachgeben, wird die Entente ganz gewiß auf ihrem Schein beharren.

Zu der Bemerkung von Lloyd George, daß die deutschen Gegenvorschläge auf einer völligen Verkennung der Situation beruhe, sagt das „Berliner Tageblatt“: Wahrscheinlich ist einwieseln, daß es nicht zur Verständigung und die Sanktionen kommen werden, Errichtung der rheinischen Zollgrenze, Abschnürung des Rheinlandes, Besetzung von Mannheim oder auch von anderen wichtigen Industriestellen. Das sind vielleicht die Mittel, durch deren Ausführung man Deutschland auf die Knie zu zwingen hofft. Heute wird es keinen vorlauten Geheimrat geben, den Willen Deutschlands in Zweifel zu bringen. Die Einigkeit, auf der die Widerstandsfähigkeit beruht, kann nur aufrecht erhalten werden, wenn man überall kaltes Blut bewahrt.

Die „Germania“ hebt hervor, daß das deutsche Angebot im Grunde dasselbe sei, wie die Forderungen der Entente. Wie sie anstelle der erdrückenden und hochverzinslichen Renten von 42 Jahren das ursprüngliche Kapital sehen. Der Kriegsdienst ist nur der, daß wir Deutschen nicht auf ein halbes Meilen östlich der Entente zu setzen Sanktionen verflucht werden würden, sondern hoffen dürfen, auf dem Wege einer internationalen Anleihe etwas leichere Abzahlungsbedingungen zu erzielen. Dem guten Willen, bis an die äußerste Grenze unseres Könnens zu gehen, können wir bei der grundsätzlichen Meinungsstimmung mit der Zielsetzung, daß der Entente kein christlicher Mann mehr streitig machen. Es geht in der grundsätzlichen Einigung in London also nur der Preis des gleichguten Willens auf der Gegenseite. Daß Deutschland die Verantwortung nicht gleichmäßig auf sich nehmen könne und werde, darüber herrscht auf deutschem Boden keine Meinungsverschiedenheit. Das Faktum weist daraufhin, daß zahlreiche der deutschen Sachverständigen der Ansicht

gewesen sein, daß die deutschen Gegenvorschläge über die Kraft Deutschlands weit hinausgehen und warnen die Alliierten vor jeder Illusionspolitik. Die Tage von Versailles seien nicht mehr. Heute wird es kein verlautes Dreinreden mehr geben, von Wägen Deutschlands ins Klanten zu bringen. Der gordische Knoten der Reparationspolitik schmilzt nicht mit dem Schwerte zu lösen. Das wäre ein politischer Selbstmord. Wenn die Alliierten jetzt nicht abbrechen und konsequent zum Ausdruck bringen, daß sie an dem vorliegenden und feststehenden Bescheid der Pariser Beschlüsse festhalten, dann gilt es für das deutsche Volk und die deutsche Regierung zu seiner eigenen Rettung und zur Rettung der Welt vor dem schlimmsten Elend, den jemals der Kapitalismus hat auftriften wollen.

Englische Presse stimmen.

London, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times“ schreiben, daß wahrscheinlich noch in dieser Woche die Geschichte der Entente entschieden werden. Deutschland werde voraussichtlich alle möglichen Manöver versuchen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Zum Glück hätten jedoch die Alliierten die Mittel, um alle diese Machenschaften zu vereiteln. Sie müßten nur einig sein. Die „Evening News“ befürchtet, daß auf der einen Seite die deutsche Halsstarrigkeit und auf der andern Seite die französische Unerschlichkeit die Verhandlungen zum Scheitern bringen werden. Das Blatt ermahnt daher Lloyd George, den Vermittler zu spielen und anzuerkennen, daß einige Forderungen der Entente tatsächlich übertrieben sind. England sollte Deutschland offen erklären, daß die englisch-französische Freundschaft in die Brüche gehe, wenn die Franzosen auf eigene Faust ein militärisches Abenteuer gegen Deutschland unternehmen sollten.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Lloyd George hatte mit Hoch eine Unterredung über die Art der Sanktionen. Lloyd George richtete an Hoch Fragen bezüglich der verschiedenen Vorschläge für eine etwaige Ausdehnung des gegenwärtigen Okkupationsgebietes in den Rheinländern. Das Ruhrgebiet, Frankfurt a. M., Stuttgart und München wurden in der Unterredung erwähnt. Lloyd George fragte, wie viel Truppen in jedem der Fälle für eine Ausdehnung des besetzten Gebietes benötigt würden, aber auch, wie hoch sich die Kosten etwa belaufen würden und welches wohl die Wirkung auf die deutsche Bevölkerung und auf die verschiedenen Klassen des deutschen Volkes im allgemeinen sein würden. Es wurden auch wirtschaftliche Fragen besprochen. Dabei wurde die Frage eines besonderen fiskalischen Regimes im besetzten Rheinlande unter der Kontrolle der Alliierten eingehend untersucht. Andere wichtige Punkte, die besprochen wurden, waren: Wie weit sind solche Sanktionen bereits im Friedensvertrag vorgesehen? Würde es rechtmäßig sein, sie im Notfall vor dem Monat Mai zu erzwingen, wo die Alliierten durch den Friedensvertrag verpflichtet sind, Deutschland die absolute und relative Gesamtsumme seiner Schulden mitzuteilen und auf ihrer Annahme zu bestehen?

Die „Times“ schreiben: Reparationen und Sicherheiten könnten erreicht werden, wenn Frankreich und England fest zusammenstünden, zu Deutschland mit einer einzigen Stimme sprächen und Deutschland zum Bewußtsein brächten, daß es England und Frankreich voneinander trennen könnte. Nur dann würde es möglich sein, mit Deutschland wieder normale Beziehungen aufzunehmen.

Die „Morningpost“ schreibt, die Deutschen würden die Zeit zur Propaganda ausnützen. Die englische liberale Presse und die liberalen Politiker seien das willige Werkzeug der Deutschen.

Das französische Echo.

Paris, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Presse hält gegenüber den deutschen Gegenvorschlägen mit ihren Kommentaren noch zurück. Eine Meldung des Haas-Büro stellt fest, daß Simons vollständig unannehmbar Gegenvorschläge gemacht habe. Die 50 Milliarden würden sich um die bereits bezahlten 20 Milliarden verringern, die übrigen 30 Milliarden würden erst im Laufe der nächsten 30 Jahre bezahlt werden. Das Echo Simons hat einen äußerst ungünstigen Eindruck gemacht und Lloyd George hat erklärt, daß die deutschen Gegenvorschläge einen vollständigen Mangel an Verständnis für die Lage darstellten würden. Wenn das Memorandum, das die deutschen Gegenvorschläge festsetzt, diesem Echo entspräche, könne man gar nicht darüber verhandeln. Lloyd George hat die deutschen Delegierten am Anfang sehr höflich empfangen, aber am Schluß seine Unzufriedenheit über die Unerschlichkeit Deutschlands nicht verhehlt. Er hat sich einem Delegierten der Entente gegenüber geäußert, es sei Zeit die Sitzung aufzuheben, denn wenn es eine Weile so fortgehe, so seien die Alliierten Deutschland noch Geld schuldig.

Die Spasnote fügt hinzu, nachdem die Deutschen die Konferenz verlassen hätten, habe man die alliierten Sachverständigen um Marshall Hoch benachrichtigt. Sie sollten sich immer bereit halten, um auf den ersten Ruf des Präsidenten der Konferenz Antwort zu geben. Die Blätter bringen die Nachrichten über die Gegenvorschläge mit Überschriften, die die Unzufriedenheit klar zu Tage treten lassen. Man bespricht auch viel die englischen Pressestimmen von heute morgen, besonders die „Morning Post“, die geschrieben hatte, daß im Falle einer Weigerung Deutschlands man die Grenztruppen bis an das linke Rheinufer vorziehen sollte. Die „Times“ hatte geschrieben, daß wenn Frankreich und England fest zusammenstünden, sie die von Deutschland geforderte Wiedergutmachungssumme erhalten werden.

Deutscher Reichstag.

72. öffentliche Sitzung.

Berlin, 1. März. Am Regierungstisch Dr. Wirth. Präsident Rothe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

Abg. Bahmann (D. Nl.) bedauert, daß einige bayerische Finanzämter auch von den Kosten der Beherbergung, Bewältigung usw. der in Betrieben beschäftigten Arbeiter die Umsatzsteuer erheben. Der Finanzminister läßt erklären, daß das Vorgehen der Finanzämter der Rechtslage entspräche.

Reichsfinanzministerium: 2. Tag.

Die Aussprache wird fortgesetzt. Abg. Aell (Soz.) Wir hatten erwartet, daß Herr Dr. Helfferich, der Vorkämpfer für Moral, sich zu Beginn der Finanzministerrede über den Fall von den Kerkhoff äußern werde. Wir werden uns mit dieser unaufrichtigen Angelegenheit noch zu beschäftigen haben. Das Ausland behauptet, unser Etat sei aus propagandistischen Gründen stark kritisiert. Das muß richtig gestellt werden: In Finanzfragen müssen wir mit offenen Karten spielen. In Preußen hat man nicht immer die richtige Taktik verfolgt. Der Redner machte scharfe Angriffe gegen den Staatssekretär Schröder, der behauptet habe, mit direkten Steuern sei nichts mehr zu machen, aber die indirekten Steuern seien einer Erhöhung fähig. Auch gegen den Achttundentag habe er seine Giftspieße abgesehen. Der Redner führte dann lebhafte Beschwerde, weil die Vermögenssteuer nicht in schärferer Weise durchgeführt werde. Der Redner besprach dann den Fall von den Kerkhoff. Von den Kerkhoff habe die gerichtlichen Sanktionen von dem Geldschatz eigenmächtig entfernt und jede Auskunft verweigert. Er habe sich auch von einem Finanzamt ein gefälschtes Ehrenzeugnis ausstellen lassen. (Unruhe rechts.) Von besonderem Interesse sind die Mitteilungen des Finanzamts Düsseldorf über das Besetzungswesen in den Jahren 1916 bis 1918, also der Zeit Helfferichs. Die Besetzungsgelder sind bezahlt worden an Beamte und Offiziere. Wie steht es mit der Steuererklärung des Herrn Simmes, der sich andauernd weigert, seine Steuererklärung zu unterschreiben? (Unruhe rechts.) Ist die Behauptung Erbergers richtig, daß in seiner Sache eine standortliche Verschleppungspolitik aus politischen Gründen betrieben worden ist?

Abg. Dr. Helfferich (D. Nl.) gibt zu dem Fall von den Kerkhoff folgende Erklärung der deutsch-nationalen Fraktion ab: Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat die gegen den Abg. von den Kerkhoff erhobenen Beschuldigungen eingehend untersucht mit dem Ergebnis, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach Lage der amtlichen Ermittlungen nicht erwiesen sind. (Lachen links.) Trotzdem sind

diese unerwiesenen Vorwürfe in tendenziöser Weise zu politischen Angriffen benutzt worden. Für eine solche politische Ausschaltung, fehlt jede Grundlage. Herr von den Kerkhoff hat selbst bei der Staatsanwaltschaft die Untersuchung in solchen Fällen beantragt, in denen ihm ein strafbares Vergehen vorzuerwerfen wird einschließlich derjenigen Fälle, in denen die zuständigen Behörden diesen Vorwurf nicht als gerechtfertigt angesehen haben. Auf die weitere Bitte der Mitglieder von den Kerkhoff ist die Fraktion entschlossen, zur vollen Aufklärung des Sachverhalts, mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung der Indemnität einzutreten. Sie hat deshalb bereits in Verbindung mit dem preussischen Kultusminister in Verbindung gesetzt und hat durchgeleitet, daß Schritte zur Einleitung des Verfahrens beim Ministerium unternommen worden sind. Die Fraktion hat das Ministerium gebeten, den Antrag auf Aufhebung der Indemnität sobald als möglich im Reichstag einzubringen. Bei diesem Sachverhalt ist jedes Verbot, das Verhalten Kerkhoffs parteipolitisch auszunutzen, als unbegründet und unethisch zurückzuweisen. (Beifall rechts.)

Der Redner wandte sich dann gegen den Berichterstatter, der, unabh. Abg. Herk, dem er vorwirft, einen parteiischen Bericht erstattet zu haben. Im Falle Kerkhoff hätte die Linie sich zurückhaltung auferlegen müssen, bis das Ergebnis der Untersuchung vorliegt. Von den Kerkhoff ist ehrlich bemerkt worden, alle Steuerhinterhältnisse aufzuklären. Der Beweis für fragwürdige Steuerliche Verfehlungen des Abgeordneten ist nicht erbracht. Wir als Fraktion haben alles getan, was wir tun konnten. (Lachen links.) Dieses Schauspiel hebt das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland nicht. (Gelächter links.) Wir müssen bedenken, daß unsere Unterhändler sich der Entente gegenübersehen. Wir waren Gegner der Steuererleichterung, nachdem sie aber verabschiedet worden sind, wollen wir ehrlich für ihre Durchführung sorgen. Das Volk sieht allmählich ein, daß die Arbeiterchaft der Leidgegenstände ist, wenn man die Wurzeln der Wirtschaft, den Betrieb durch die Häufung der Besteuerer erschlägt. Ein Revision der Steuererleichterung, namentlich des Lohnabbaus, ist not wendig.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: In der Aussprache wurde hauptsächlich von Seiten des Finanzministeriums Aktien entfernt worden. Die Deutsche Nationalbank ist auszumitteln. Auch die „Tägl. Rundschau“ hat aus lothringischer Quelle geschöpft, indem sie mir im Falle Erbergers parteiischen Einseitigkeit in der Untersuchung vorwarf. Alle diese Vorwürfe sind unbegründet, wie das Finanzamt Düsseldorf befundet. In gerade die Kerkhoff unter dem alten Solten die Quelle der Korruption gewesen. Im Falle Kerkhoff erklärte der betr. Beamte daß er von niemanden zu einer Ehrenerklärung für Kerkhoff veranlaßt worden sei. Er ist zu der innerlichen Überzeugung gelangt, daß eine steuerliche Hinterziehung nicht nur nicht erweisbar, sondern tatsächlich nicht begangen worden war. Ich warte nun den weiteren Bericht ab über den Stand der Angelegenheit Erbergers. Bei der Frage der Aufhebung der Indemnität Erbergers kann dann einsehend darüber gesprochen werden.

Der Minister weist dann die gegen den Staatssekretär Schröder gerichteten Angriffe als völlig unbegründet zurück. Die Reichstagsrechnung hat ihn für würdig erachtet, jetzt wieder nach London zu gehen. Die Steuerfragen werden uns auch nach London mehr beschäftigen als irgend welche anderen. Der Etat ist keineswegs fröhlich. Die Anlässe waren noch zu gering bei den Ausgaben. Wir glaubten 40 Milliarden Restbetrag zu haben; jetzt sind es aber 81,6 Milliarden. Der Etat für 1921 wird zur Zeit im Reichstag besprochen. Es ergibt sich ein ordentlicher Bedarf von 44,3 Milliarden. Wir haben jetzt insgesamt eine Summe von 300 Milliarden Schulden. In Zukunft ist keine Finanzführung möglich ohne die Lösung des Problems der neuen Steuern. Ich hoffe auf die sachliche Mitarbeit des Reichstags.

Abg. Dr. Herk (Unabh.) richtet heute Angriffe gegen den Abg. von den Kerkhoff und behauptet, daß das Disziplinierverfahren im Interesse Kerkhoffs verschleppt werde. Ist es richtig, daß wie am Niederrhein behauptet wird, Finanzbeamte gegen Beschaffung falscher Steuerklärungen antworteten?

Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärt, daß er zum Abbau der Besteuerung niemals die Hand geben werde; er werde vor niemanden Haß machen, wenn es sich um die Aufklärung steuerlicher Angelegenheiten handelt. Wir müssen aber heraus aus der öffentlichen Erörterung einzelner Fälle, solange sie nicht steuerlich oder durch die Gerichte behörden abgeschlossen sind. An Herrn Erberger ist ein Strafbefehl ergangen, die Strafbefehle in der Angelegenheit Erberger haben dem Finanzministerium nicht unterstanden.

Nach längerer Aussprache wird dann der sozialdemokratische Antrag insoweit angenommen, als er bei der Entlassung einer Reichsregierung nach bestimmten Grundätzen (zuerst Unverheiratete usw.) fordert.

Der Haushaltsplan für das Reichsfinanzministerium wird erledigt.

Es folgt das Reichsverkehrsministerium, Abteilung für Wasserstraßen. Angenommen wird eine Entscheidung, wonach die Beamten der zu übernehmenden Wasserbauverwaltung ebenso gestellt werden sollen wie die gleichartigen Reichsbeamten. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die deutschen Anleihen.

Berlin, 1. März. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Reichstag eine Anleiheendenschicht für das Jahr 1920 vorgelegt. Nach der Denkschrift, welche die bis September 1919 begebenen Anleihen, sowie die aufgrund der Anleihe geleisteten, bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1918 endgültig verrechneten Abgaben umfasst, beläuft sich der Gesamtbeitrag der Anleihe-Kredite auf 118 328 902 026 Mark. Diese Summe erhöht sich durch die einzelnen Geleise aus den Jahren 1919 und 1920 bis zum Betrage von 253 798 216 284 Mark, ermäßigt sich jedoch durch Ersparnisse und Anrechnung von in Zahlung gegebenen Kriegsanleihefaktoren um 8 067 872 306 Mark, jedoch sich ein Gesamtbeitrag der Anleihebetriebe von 245 730 471 977 Mark ergibt. Das gesamte aufgrund der Anleihebetriebe gegebenen Schuldkapital betrug am 30. September 1920 224 049 764 861 Mark. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 73 397 773 700 Mark waren am 30. Dezember 1920 18 121 982 700 Mark gleich 25 Prozent in das Reichsschuldbuch eingetragen. Der gesamte bis 30. Dezember 1920 in Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen begebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4,998 Prozent. Ferner sind dem Reichstage vom Reichspostminister Giesberts die Entwürfe eines Gesetzes über Postgebühren, eines Gesetzes über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der vom Reichspostkongress in Madrid beschlossenen Auslandspostgebühren, ein Gesetz zur Änderung des Postgesetzes vom 26. März 1924 und eines Gesetzes betreffend Änderung der Telefongebühren vorgelegt worden. Der Reichstag hat den Entwürfen in der vorliegenden Fassung zugestimmt.



Generalvertretung für Baden u. Fabrikiager: 5587a Mondorf & Meiert, Karlsruhe i. Baden. Fernruf 4998

Handels-Zeitung der „Badischen Presse“

Aus der Handelswelt.

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. Wie aus einem Börsen-Zulassungsprospekt ersichtlich ist, beläuft sich der gegenwärtige Auftragsbestand auf rund 60 Mill. M. Die Gesellschaft ist z. Zt. gut beschäftigt. Für das laufende Geschäftsjahr wird unter dem üblichen Vorbehalt ein günstiges Ergebnis erhofft.

— **Eine kommende Fusion zwischen den deutschen Eisenbahn-Signalwerken** und der Signalfabrik Kibel u. G. in Braunschweig. Auf dem Gebiete des Eisenbahnsignalwesens hat sich die Firma Siemens u. Halske u. G. eine besonders hervorragende Position geschaffen. Sie steht, wie erinnerlich, durch die Interessengemeinschaft mit der Rhein-Elbe-Union in engen Beziehungen zu der Deutsch-Luxemburgischen Gruppe. Die Deutsch-Luxemburgische Gruppe ist nun im Aufsichtsrat der Signalwerke Kibel ein beträchtlicher Besitzwechsel stattgefunden hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ vermutet, in einer dieser Tage stattfindenden Aufsichtsratsitzung der Signalwerke Gesellschaft über eine Interessensverbindung der drei großen Signalbauunternehmen verhandelt werden. Damit würde der Bau von Eisenbahnsignalanlagen zentralisiert werden und die Zulassungsbewegung innerhalb der deutschen Industrie eine weitere Förderung erfahren.

— **Gläubiger-Badische Wollspinnfabriken u. G.** Die Ausschüttung von 25 Prozent Dividende und 10 Prozent Sonderverteilung (i. V. 25 Prozent im ganzen) wird vorgeschlagen. Von den neu zur Ausgabe gelangenden Aktien in Höhe von 2.500.000 M. sollen 2 Millionen den bisherigen Aktionären zu einem noch nicht feststehenden Kurse überlassen werden.

— **Von der Frankfurter Börse.** Die Zulassung von 6 Mill. 5 Proz. Teilschuldverschreibungen, rückzahlbar ab 1926 zu 102 Proz., der Voigt u. Saffner u. G. Frankfurt a. M., zur Frankfurter Börse, wird beantragt.

— **Bayerische Hypothek- und Wechselbank in München.** Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 52 Millionen auf 120 Millionen Mark. Die neu zur Ausgabe gelangenden 46.000 Stück Stammaktien werden von einer Gemeinschaft zu 200 Prozent übernommen und den bisherigen Aktionären zu einem noch nicht feststehenden Kurse überlassen werden. Die restlichen 12 Millionen Mark werden zu einem nicht unter 100 Prozent betragenden Kurse übernommen und unter Gewinnbeteiligung des ausgebenden Instituts verwertet. Die weiter auszugebenden 6 Millionen Prozentaktien Namensvorszugs-Aktien mit 20fachen Stimmrecht gehen zu 150 Proz. in den dauernden Besitz einer nicht näher bezeichneten Gemeinschaft über. Das Institut, das die Bayerische Hypothek- und Wechselbank und die Bayerische Vereinsbank sich angegliedert hat, vermag für das abgelaufene Geschäftsjahr 1920/21 voraussichtlich seine Dividende von 10 Prozent auf 12 Prozent zu steigern.

— **Süddeutsche Boden-Creditbank in München.** Das Institut, das auf ein 50jähriges Bestehen zurückblickt, vermag seine Jahresdividende in Höhe von 8 Proz. aufrecht zu erhalten. Für Obligationenzinsen wurden 18,5 Millionen Mark veranschlagt, während Hypothekenzinsen 22,2 Mill. M. einbrachten. Der Bruttoertrag verminderte sich gegenüber dem Vorjahre von 0,42 auf 0,42 Mill. M. Die Darlehensprovisionen von 0,45 auf 0,42 Mill. M. Dagegen liegen die sonstigen Zinseinnahmen von 1,93 auf 2,23 Mill. M. Der Bruttoertrag weist eine geringe Steigerung von 7,28 auf 7,48 Mill. M. auf. In wesentlich stärkerem Verhältnis liegen die Aufkosten von 1,18 auf 2,78 Mill. M. wodurch der Reingewinn vermindert wird. Er beträgt 2,73 gegen 3,55 bzw. 3,16 gegen 3,86 Mill. M. einfließt. Die Reserven haben keine nennenswerte Veränderung erfahren; der Obligationenlauf stieg um 8 Mill. auf 497,2 Mill. M. während der Hypothekenbestand um 2 Mill. M. auf 497,4 Mill. M.

zurückgegangen ist. Im besetzten Gebiet hat das Institut keine Hypothekendarlehen ausgeben.

— **Münchener Egenfabrik u. G. vormalig Fischer u. Steffan-Bayerische Pfugfabrik u. G.** Die Münchener Egenfabrik u. G., an der bekanntlich der Stumm-Konzern beteiligt ist, beruft zum 23. März eine a. o. Generalversammlung, der die Erhöhung des Aktienkapitals um 6,1 Mill. M. auf 10 Mill. M. vorgeschlagen wird. Von den neuen Aktien sollen zunächst 1 Mill. M. mit voller Div.-Berechtigung pro 1920/21 den Aktionären der Bayerischen Pfugfabrik u. G. in Landsberg (Kapital 4 Mill. M.) zum Umtausch im Verhältnis 1:4 angeboten werden und mit den alten 3,9 Mill. M. Aktien das Recht auf den Bezug von 4,9 Mill. M. neuer Aktien mit halber Dividende pro 1920/21 zu 130 Proz. im Verhältnis von 1:1 erhalten. Restliche 0,2 Mill. M. neue Aktien verbleiben dem die Transaktion durchführenden Konsortium. Begründet wird die Transaktion damit, daß bei der Pfugfabrik, die im September 1920 von der Oberbayerischen Pfugfabrik G. m. b. H., der Münchener Egenfabrik u. G. gegründet wurde und deren Aktienmehrheit der Egenfabrik zur Verfügung steht, sich eine wesentliche Erweiterung der Anlagen als notwendig erwies, deren Durchführung in Landsberg großen Schwierigkeiten begegnete. Es erscheint daher zweckmäßig, die Verbindung der beiden Gesellschaften, die sich bisher schon im Verlauf bewährt habe, auch auf den Betrieb auszudehnen, indem die Egenfabrik ihre Pfugfabrik-Arbeitsstätten so ausbaut, daß dort die erforderliche Produktionsleistung in Rohentwurfgeräten jeder Art ermöglicht wird. Wenn auch der Fabrikationsbetrieb in Landsberg dadurch nicht eingeschränkt werden soll, so leidet die Selbstständigkeit der Pfugfabrik doch so stark unter solchen Maßnahmen, daß die Uebernahme sämtlicher Pfugfabrik in das Portefeuille der Egenfabrik gegen Eingabe eigener Aktien als zweckmäßig erachtet wird.

Wirtschaftspolitisches.

— **64 Milliarden Banknoten.** In London wird man unsere Wirtschaftslage einer genaueren Prüfung unterziehen. Unsere Unterhändler werden die Dinge so zu schildern haben, wie sie wirklich sind. Dabei wird festgelegt werden, daß unsere Finanzlage außerordentlich unklar und geradezu jerrüttet ist. Den Beweis dafür erbringt schon ein Blick auf die gewaltigen Mengen an Banknoten, die umlaufen. Bei Kriegesbeginn betrug der Banknotenlauf, 1,8 Milliarden Mark. Nach dem Reichsbankausweis vom Dezember 1920 war aber ein Umlauf von 64,6 Milliarden Mark festzustellen. Der Banknoten-Umlauf hat sich also während des Krieges und nach dem Kriege um fast das 32fache vermehrt. Diese Vermehrung des Banknoten-Umlaufs ist mit ein Hauptgrund für die Verschlechterung des deutschen Marktwertes. Am 30. Juni 1914 hatte die Mark an den Börsen in New York, Amsterdam, Stockholm und Zürich einen Durchschnittswert von 95 Pfg., im August 1919 aber nur einen Wert von 19 Pfg., der sich im Januar 1920 sogar noch auf 4,7 Pfg. senkte.

— **Russische Aufträge für den deutschen Lokomotivbau.** Dem Unternehmen nach verhandelt die Lokomotivfabrik Henschel & Sohn, Kassel, mit der russischen Sowjetregierung über einen großen Abschluß auf Lokomotiven und Eisenbahnmaterial.

Von den Warenmärkten.

— **Sänteversteigerung der Norddeutschen Sänteverwertungs-Gesellschaft in Hamburg.** Bei der am 2. März stattfindenden Versteigerung werden 12.000 Stück Großschiffhäute, 12.000 Kalbfelle und 9000 Schafsfelle zum Verkauf kommen.

Vom süddeutschen Warenmarkt.

— **In der Mannheimer Warenbörse herrschte bei schwachem Besuch größte Zurückhaltung, jedoch die Umsätze nur minimalen Umfang annehmen vermochten.** Am Chemiefabrikmarkt bestand starkes Angebot in Seifen zu weichen Preisen. Prima Kernseife 12—14 M., Schmierseife je nach Qualität, 9—12 M. pro Kilo. Die Preisentwicklung in der Seife hängt jedoch vollständig vom Devisenmarkt ab, da eine Rückwärtsbewegung der deutschen Mark und die damit verbundene Verteuerung der Rohstoffe alsbald ein Ansteigen der Preise zur Folge haben könnte. Gegenwärtig kosten die Hauptrohstoffe für die Seifenfabrikation nach den heutigen Notierungen: Leinöl 12—14, Kotosöl 8 1/2—10 1/2, Palmkernöl 9 1/2—10 1/2, Erdnußöl 12, Sulfuröl (Olivendruckschlacke) 5,80 Lire, ohne Eingangssteuer, Palmkernöl 11, Kotosöl 16 1/2, Rindertalg, je nach Qualität, 10—10 1/2 pro Kilo. Sonst wurde angeboten: Eisenpulver, kristallisiert, 50 M., kalziniertes Soda 96—98 Prozent, 150 M., Glaubersalz, eisenfrei, 65 M., Natrium-Sulfat 45 M., Sublimat (Deutsches Apothekenbuch 5) 55—60 pro Kilo, Steintohlhartwech 55 M., für 100 Kilo ab Mannheim, Wasserstoffsuperoxyd, medizinisch, 3 Prozent, 170 M., Kupfernitrat, kristallisiert, 98—99 Prozent, 640 M., Weinsäure, eisenfrei, kristallisiert, 42 M., Eisenpulver 40 Proz., 150 M., Carnaubawachs, fettgrau, 30 M., Leinöl 13 1/2, für Exportzwecke bestand einige Nachfrage in Bromatit, Oxalsäure, Bromalun und Formaldehyd. Letzteres war für Delfterreich gesucht. In der Textilabteilung vollzogen sich einige Umschlüsse in wasserlöslichen Japhirgeweben zu 4,80 M. pro Quadratmeter und in Renforcé 105 cm breit zu 11,50 M. pro Meter. Von Lebensmittel fanden Absatz gezeuerte holländische Vollmilch ab Köln-Ellen, die Kiste von 48 Weichschokolade zu 420 M., evaporierter Milch 255, Natasaatmais 320, alter, jugoslawischer Mais ab Passau 255, neuer jugoslawischer Mais, April Lieferbar, 250 M., ab Passau, gelbes Weizenmehl 315, grüne, holländische Erbsen ab süddeutschen Stationen 230 M. pro 100 kg.

Börsenberichte.

— **Frankfurter Abendbörse.** Die Abendbörse war auf allen Märkten weiter lustlos. Das Publikum enthielt sich mit Rücksicht auf die unsichere politische Lage von jedem Geschäft. Auch der Devisenmarkt zeigte abgeschwächte Kurse. Dollarkurs erheblich ermäßigt 60 1/2. Infolgedessen ausländische Werte erheblich abgeschwächt. Goldmerikaner 680 (—11), Silbermerikaner 445, Irrigationanleihe 462 (—10), Baltimore 440 (—5). Auf dem deutschen Aktienmarkt war der Verkehr schwach. Montanwerte Buderus 525 (—15), Caro 268 (—2), Sappere 425 (—8), Mannesmann 568 (—2), Oberbedari 265 unverändert, Lanta 312. Elektrowerte wurden nur wenig festgesetzt. Bergmann 305 (—2), Webers 1000 (—25). Auch auf dem Frankfurter Industriemerket sind nur verhältnismäßig wenig Werte festgesetzt. Goldschmidt 754 1/2 (—1 1/2), auf dem Maschinenmarkt Daimler 245 1/2 (—4 1/2), Klever 238 (—7). Im Freiverkehr war die Haltung ebenfalls schwach. Man hörte Benz 233, junge 208, Hanja Lloyd 142, Redarfulmer 365, Redarfulmer Bezüge 119, Mansfelder Kuzen 4325, chemische Rhénania 675, Fahr 275, Ganz 246, Sichel 705—700.

— **New Yorker Schlusskurse vom 2. März:** Deutschland 162, Belgien 756, England (telegraphische Auszahlung) 389 1/2—382 1/2, Holland 3420, Italien 346, Spanien 1388, Dänemark 1760, Frankreich 720.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G., Filiale Karlsruhe, Kaiserstraße 146.

gegenüber der Hauptpost. Telefon Nr. 4645—4659. Von im Freiverkehr gehandelten Wertpapieren wurden im gestrigen Verkehr nachstehende Kurse genannt:

| Nachfrage | Angebote | Nachfrage | Angebote |
|------------------------------|-----------|---------------------------------|-----------|
| Benz (junge) | 220—225 | Neckarsulmer Fahrz. | 962—967 |
| Chemische Rhénania | 203—205 | Opitz | 4600—4600 |
| Deutsche Maschinen | 680—695 | Rastatter Waggon | 250—263 |
| Fahr Gebr. | 285—290 | Salzwerk Heilbronn | 415—420 |
| Knorr Heilbronn | 285—290 | Stahlwerk Becker | 800—805 |
| Linoleumfabrik | 285—290 | Stahlwerk Mannheim | 855—865 |
| Maximiliansau | 280—300 | Zuckerfab. Heilbronn | 310—315 |
| Mansfelder Kuxe | 4400—4500 | Zuckerfab. Rheinzolln | 320—325 |
| | | Zuckerfab. Stutznart | 320—325 |

Zur Vermittlung von An- und Verkäufen sämtlicher unnotierter und an der Börse eingeführter Werte halten wir uns bestens empfohlen.

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden u. Bekannten machen wir hierdurch die traurige Mitteilung, daß nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere treubesorgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Marie Merkle, geb. Riß
nach Gottes unerforschlichem Ratschluß im Alter von 44 Jahren gestern nacht 1/12 Uhr sanft im Herrn entschlafen ist.
Die tieftrauernd Hinterbliebenen:
Wilhelm Merkle, Bauzeichner
Hedwig Merkle.
Karlsruhe, den 1. März 1921
Mondstr. 3. III. B7491
Beerdigung findet am Donnerstag, 1/2 Uhr statt.

Wilhelm Wolf jr.
Kaiserstr. 82a KARLSRUHE Ecke Lammstr.
Tuch-Grosshandlung
verbunden mit Detail-Verkauf
empfiehlt 8195
Erstklassige Rheinische und Cottbuser Anzugstoffe
zu mäßigen Preisen.
Teleph. Nr. 1628. Gegr. 1888. Telegr.-Adr.: Tuchwolf.

Weißer Woche
in billigen Lebensmitteln
Prima Schweineschmalz garant-rein Pfd. 12.50
Speisefett { 50% Schweinefett Pfd. 11.25
 50% Cocosfett Pfd. 11.50
Feinste Tafelmargarine Pfd. 11.50
Palmin und Estol Pfd.-Tafel 12.50
Apfelmus gez. Kilo-Dose 3.00
Salatöl Ia Qualität Liter 21.00 u. 20.00
Amerik. Quäckergrieß Pfd. 3.50
Prima Vollreis 3.—, 3.50
Ia Macaroni Pfd. 8.50
Gar. frische Landeier Stück 2.—
Prima Tischwein Flasche 9.—
Kaffee roh Pfd. 18.—
Kaffee gebrannt Pfd. 20.—, 22.50, 25.—
Prima Kakao Pfd. 18.—
Ia Tee 1/4 Pfd. 7.—
Dosenmilch gezuckert, Nestles Dose 10.50
Dosenmilch ungezuckert, Ideal Dose 8.50
ff. Wurst und Käsesorten
zu billigsten Tagespreisen und bekannter Qualität zu haben in den Delikatessen-Geschäften
A. Koppelkamp
Eing. Ritterstr. Kaiserstraße 159 Eing. Ritterstr.
Paul Sand
Sofienstraße 99
Otto Pulvermüller
Gartenstraße 37. 3424

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Daniel Bauer
Zugmeister
heute mittag 12 Uhr von seinem schweren Leiden erlöst wurde.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Käthchen Bauer, geb. Koessler.
Karlsruhe, den 1. März 1921.
Marienstr. 47.
Beerdigung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr. B10388

Maschinen-schreiben, Stenographie, Schönschreiben, Rundschrift 87428
erteilt bei schneller und gründlicher Ausbildung und mäßigen Preisen
Lehrer Strauß, Kronenstr. 15, III. Tages- und Abendkurse.
● **Nachhilfe** ●
b. Schulaufgaben, Abitur, erteilt Sit u. den 1. gegen mäßige erl. Zimmer in besserem Hause.
Näheres durch Antrag unter Nr. B10290 in der „Badischen Presse“.
Nachhilfe
in Mathematik u. Physik erteilt Hünner. Student. Angebote unter B10890 an die „Bad. Presse“ erbet.
Weide Dame gibt

Mat und Hilfe
in Steuerangelegenheiten
Gesellschaftsgründungen, Bilanzwesen, Revisionen übernimmt erprobter Sachmann.
Offerten unter Nr. 1729 an die „Bad. Presse“ erbet.

Der Kenner
sieht beim Kauf eines Fahrrads auf die Marke.
Gritznerräder
sind in Qualität und Ausführung sowie in Bezug auf leichten Gang mustergültig und weltbekannt.
In allen Ausführungen und zu herabgesetzten Preisen stets vorrätig im:
Gritznerräder- u. Nähmaschinen-Lager
Karl Ehrfeld
Kaiserstrasse 99.
Spezial-Räder billigst.
Bereitungen in reicher Auswahl.
Teile und Reparaturen. 8858

Zadentkleider Mantelkleider
Häute u. Häute werden von guter Schneiderin billig angefertigt.
Frau Walter, Seuzgasse 17, 5. St. Ede-Marktplatzstrasse.
Kapitalien
Geld
verleiht Selbsthabende ohne Vorbehalt, in jeder Höhe, gegen alle Sicherheiten bei Bedarf, Gebührensatz 17, 11. (Gebührensatz) Rückz. erb. 87428
Geld
erb. Heute jeden Standes (ohne Zinsen) und die Vorlesung von 100—3000 M. durch **Gadenheimer, Durlacherstr. 9, 5. St., D. Durlacherstr. 9, 5. St., D. Durlacherstr. 9, 5. St.**
Geld
für geschäftl. u. private Zwecke ohne Vorbehalt zu verleihen. Anfragen sind zu richten unter Nr. B10894 an die Badische Presse.
18000-20000 Mk.
11. Hypothek nach auswärts gesucht. Ana. an **August Schmitt, Hypothekens- und Eisenhandlung, Karlsruhe, Durlacherstr. 45. Telef. 2117.**
Mk. 5000.—
von Geschäftsmann gegen Sicherheit u. Selbsthaberei zu leihen gesucht. Angeb. u. Nr. B1045 an die „Bad. Presse“ erbet.
500 Mk. zu leihen gesucht gegen gute Rückzahlung. Offert. unter Nr. B10828 an die „Bad. Presse“.

Todes-Anzeige.
Heute morgen starb nach schwerem Leiden mein lieber Mann
Johann Kolb
Dreher.
In tiefer Trauer:
Magdalene Kolb Wwe.
Karlsruhe, den 1. März 1921.
Gottesauerstr. 23.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. März, 1/3 Uhr statt. B10368

Privat-Unterricht
in amerikanischer Buchführung (Journal) von Sched. u. Buchhalter. Ana. unter Nr. B10314 an die „Bad. Presse“.
Klavier kann geübt werden. Wo? Zu erfragen unter Nr. B7827 in der „Bad. Presse“.
Gold u. Silber
Gegenstände sowie Uhren auch zerbrochen, kauft an höchsten Preisen. B7259
M. Engelberg, Uhrm., Adlerstr. 27.

Sprengstoffe-Pulver
Zündschnüre, Rapseln zc.
von. Ausgabe des Artikels unter Tagespreis.
Reinh. Andree Inh. W. Demand
Waldfraße 4. 8172
Ia Saatkartoffeln
(Zudürrie)
abzugeben bei
G. H. Pfenninger, Akademiestr. 42. 87481

Rohrstühle
werden gelassen, repariert, aufpoliert. G. H. Schillerstr. 31, 5. St. B999
Zum Selbsthaben von Jagdpatronen, Dillisen, Zünder, Wappstein, Schrot, Lademaschinen zc.
Andree, Inh. W. Demand, Waldfraße 4. 1890.
Frühjahrs-Hüte
verb. aus mitgekauften Material schon u. billig angefertigt.
Eudendstr. 20, 11. links
Von einer alleinigen Dame auf d. Lande wird ein
Kind
in liebevoller Pflege angenommen. Näb. Besuchen. Nr. 13. 87428
Schneiderin fertigt Damenröcke an.
Ana. unter Nr. B10808 an die „Bad. Presse“.
Fat. Bandsägen, Schreiner- u. Wagner-Maschinen (Hef. Schnell u. d. H. F. Amberg, München. Stuttgart.)

